

420help.de

Widerspruch gegen die Ablehnung eines Mehrbedarfs (Jobcenter)

Frist beachten: Der Widerspruch muss regelmäßig innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids eingehen (§ 84 SGG). Maßgeblich ist die Rechtsbehelfsbelehrung im Bescheid. Zugangsnachweis sichern.

Absender / Empfänger

[Vorname Nachname]

[Straße und Hausnummer]

[PLZ Ort]

An das

[Zuständiges Jobcenter]

[Straße und Hausnummer]

[PLZ Ort]

[Ort], den [Datum]

Betreff

Widerspruch gegen den Bescheid vom [Datum]

Bedarfsgemeinschafts-/Kundennummer: [Nummer]

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich fristgerecht Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom [Datum] ein, mit dem mein Antrag auf Anerkennung eines Mehrbedarfs nach § 21 Abs. 6 SGB II abgelehnt wurde.

Der Bescheid ist aus meiner Sicht überprüfungsbedürftig. Die Voraussetzungen des § 21 Abs. 6 SGB II sowie vorrangige GKV-Leistungen und die konkrete medizinische Eignung der verfügbaren Alternativen wurden nicht vollständig ermittelt und gewürdigt.

1. Fehlende Einzelfallprüfung

Die Ablehnung erschöpft sich im Wesentlichen in allgemeinen Ausführungen [z. B. zur Zuständigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung]. Mein individueller Sachverhalt wird nicht geprüft. Nach § 20 SGB X ist die Behörde verpflichtet, den Sachverhalt von Amts wegen vollständig zu ermitteln. Weder wurden die vorgelegten medizinischen Unterlagen ausgewertet noch wurde eine konkrete Alternative benannt oder die tatsächliche Kostenhöhe ermittelt.

2. Unabweisbarer Bedarf

Ich werde seit [Zeitraum] aufgrund [allgemeine Beschreibung, wie ärztlich dokumentiert] ärztlich mit medizinischem Cannabis behandelt. Die medizinische Notwendigkeit besteht unverändert fort. Der Wegfall

der bisherigen Kostenübernahme beruht ausschließlich auf einer geänderten Rechtslage und nicht auf einer Änderung meines Gesundheitszustands.

Dies spricht für einen gegenwärtigen und konkreten Bedarf. Ob er im Sinne des § 21 Abs. 6 SGB II unabweisbar ist, muss anhand der vorrangigen GKV-Leistungen, sämtlicher relevanter Alternativen, der tatsächlichen Kosten und meiner wirtschaftlichen Verhältnisse im Einzelfall geprüft werden.

3. Keine bloße Behandlungspräferenz

Die ärztliche Stellungnahme prüft standardisierte Cannabisextrakte, Dronabinol, Nabilon, zugelassene cannabishaltige Fertigarzneimittel und sonstige relevante Therapien jeweils einzeln. Sie dokumentiert Erprobung, Wirkung, Nebenwirkungen, Kontraindikationen oder den konkreten medizinischen Ausschlussgrund. Eine pauschale Präferenz für Blüten wird nicht geltend gemacht.

4. Vorrangige Klärung gegenüber der Krankenkasse

Die gesetzliche Krankenversicherung ist für medizinisch notwendige Krankenbehandlung grundsätzlich vorrangig. Ich habe deshalb die konkret in Betracht kommenden Leistungen bei meiner Krankenkasse beantragt und den Bescheid vom [Datum] als Anlage [A_] beigelegt. [Gegebenenfalls: Gegen diesen Bescheid wurde am [Datum] Widerspruch eingelegt bzw. einstweiliger Rechtsschutz beantragt.] Die Ablehnung von Cannabisblüten allein wird nicht als Nachweis dafür behandelt, dass jede andere geeignete GKV-Leistung ausscheidet.

5. Kein Bestandteil des Regelbedarfs

Die monatlichen Kosten von [Betrag] Euro weichen erheblich von dem ab, was im Regelbedarf für Gesundheitspflege vorgesehen ist. Eine Deckung durch zumutbare Einsparungen ist ausgeschlossen.

6. Rechtliche Bewertung

Der Beschluss des SG Münster vom 20.08.2026 (S 8 AS 582/26 ER) hat einen Eilantrag im konkreten Fall abgelehnt und dabei GKV-Vorrang sowie fehlende Nachweise zum Ausscheiden der Alternativen hervorgehoben. Er ist keine höchstrichterliche Grundsatzentscheidung, darf aber nicht ignoriert werden. Mein Widerspruch stützt sich deshalb auf die konkret beigelegten medizinischen und wirtschaftlichen Nachweise und nicht auf die Behauptung eines allgemeinen Zahlungsanspruchs.

Anträge

Ich beantrage,

- den Bescheid vom [Datum] aufzuheben,
- meinen Antrag unter vollständiger Berücksichtigung aller medizinischen und wirtschaftlichen Umstände erneut zu bescheiden,
- die ärztlichen Stellungnahmen und die bisherige Versorgungsgeschichte vollständig zu würdigen,
- den beantragten Mehrbedarf nach § 21 Abs. 6 SGB II zu bewilligen.

Hilfsweise beantrage ich die Einholung weiterer medizinischer Unterlagen, soweit Zweifel an der medizinischen Erforderlichkeit bestehen sollten.

Um eine kurze Eingangsbestätigung wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

[Vorname Nachname]

Anlagen

- [aktuelle ärztliche Bescheinigung]
- [aktuelle Verordnung und Kostenaufstellung]
- [Schreiben der Krankenkasse]
- [weitere Unterlagen]

Dieses Muster stammt von 420help.de und ist eine allgemeine Formulierungshilfe. Es ersetzt keine individuelle Rechtsberatung. Der Jobcenter-Weg ist rechtlich ungeklärt und mit hohen Nachweishürden verbunden; ein Erfolg wird nicht zugesagt. Alle Platzhalter müssen geprüft, ausgefüllt oder gestrichen werden. Keine Angaben erfinden. Rechtsstand: 26.08.2026.